

## Die 10 Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts

### 1. Rundfunkurteil - 1961 „Deutschland-Fernsehen“

- Rundfunk ist Ländersache (Kulturhoheit), Bund kann allenfalls im Rahmen seiner Rechtsaufsichtsfunktion tätig werden.
- Duale Rundfunkordnung ist grundsätzlich möglich – aufgrund von Frequenzmangel und hoher Kosten eines Fernsehprogramms ist (noch) das *binnenpluralistische Modell* erforderlich.

### 2. Rundfunkurteil - 1971 „Mehrwertsteuer-Urteil“

- Rundfunkanstalten erfüllen öffentliche Aufgabe und integrierende Funktion für das Staatsganze, sie stellen *kein* Gewerbe dar. Rundfunkgebühren sind daher *nicht* mehrwertsteuerpflichtig.

### 3. Rundfunkurteil - 1981 „FRAG-Urteil“

- Der Gesetzgeber hat den Zugang zur Veranstaltung privater Rundfunkprogramme zu regeln.
- Bundesländer haben bei außenpluralistischer Organisationsform Rundfunkfreiheit zu gewährleisten.
- Begrenzte Staatsaufsicht bleibt.

### 4. Rundfunkurteil - 1986 „Niedersachsen“

- Das BVerfG definiert den Begriff *Grundversorgung*, spricht damit eine Bestands- und Entwicklungsgarantie für die „Öffentlich-Rechtlichen“ aus und legt die Aufgabenverteilung im Dualen Rundfunksystem fest.
- *Grundversorgung* durch Öffentlich-Rechtliche wird zur Voraussetzung für den privaten Rundfunk.

### 5. Rundfunkurteil - 1987 „Baden-Württemberg“

- Der Ausschluss der ÖR von bestimmten Programmformen und neuen Diensten ist nicht zulässig.
- Bestätigung der Bestands- und Entwicklungsgarantie

### 6. Rundfunkurteil – 1991 „Nordrhein-Westfalen“

- Um Rundfunkfreiheit zu sichern, gilt die Bestands- und Entwicklungsgarantie auch bei anderen Organisationsformen
- örRF darf mit privatem RF kooperieren
- Kontrollgremien müssen Meinungsvielfalt sicher stellen

### 7. Rundfunkurteil – 1992 „Hessen“

- Die dritten Programme des örRF dürfen keine Werbung ausstrahlen
- Die Grundversorgung wird und kann primär durch Gebühren finanziert werden

### 8. Rundfunkurteil – 1994 „Bayern“

- "Die Gebühr darf nicht zu Zwecken der Programmleitung oder der Medienpolitik eingesetzt werden."
- Verfahren der Gebührenfindung soll überarbeitet werden
- Jeder der einen Fernseher hat muss Gebühren zahlen, auch wenn er nur die privaten Sender nutzt

### 9. Rundfunkurteil – 1995 „Fernsehrichtlinie der EU“

- Bundesregierung hat im internationalen Bereich auch die Rechte der Bundesländer zu vertreten
- Sie ist dabei zu Zusammenarbeit und Rücksichtnahme verpflichtet

### 10. Rundfunkurteil – 1998 „Kurzberichterstattung“

- Recht auf „nachrichtenmäßige Kurzberichterstattung im Fernsehen“ ist verfassungskonform
- Dieses Recht darf aber nicht „unentgeltlich ausgestaltet“ werden
- Wichtigstes Urteil für das Duale System: 1986

### Fazit

- Das BVerfG ist mit seinen Entscheidungen die wichtigste rundfunkpolitische Institution
- Ohne die Grundversorgung durch den örRF können die Privaten rechtlich gesehen nicht existieren